



# Aufruf zum 1. Mai

KAB: Kein Eldorado für Dumpinglöhne in Europa!

## „Europas Herz muss sozial schlagen“

Die KAB fordert die EU-Ratspräsidentin und deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, Europas Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker vor Ausbeutung und Lohndumping zu schützen. Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum.

**Europa muss eine Gemeinschaft von Menschen werden.**

Dazu ist es notwendig, dass die menschliche Arbeit nicht durch Dumpinglöhne entwertet wird. Wir wollen kein „working poor“ in Europa. Die Würde des Menschen zeigt sich in der Wertschätzung seiner Arbeit. Europa darf kein Eldorado für menschenverachtende Dumpinglöhne werden. Es ist ein Skandal, wenn faire Löhne durch unfaire Rahmenbedingungen des EU-Marktes ausgehebelt werden. Deshalb ist die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland ein dringender Schritt, um mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein Signal für soziale Gerechtigkeit für die gesamte EU zu setzen.

Die Arbeitslosigkeit in Europa ist menschenverachtend. Arbeitslosigkeit spaltet Europa und die Mitgliedsstaaten. Wir wollen ein Europa für alle! Ohne Arbeit für alle gibt es kein solidarisches und gerechtes Europa.

**Kein Europa auf niedrigem Sozial-Niveau!**

Europa darf nicht zur Plattform für Sonntagsreden werden. Die Europäische Sozialcharta muss eine verbindliche politische Handlungsgrundlage für ganz Europa sein. Wir wollen Deutschland wieder zum Vorreiter für soziale Gerechtigkeit in Europa machen. Gleiche Löhne für gleiche Arbeit für Mann und Frau sind zwingende Voraussetzung dafür. Deutschland ist das Land, in dem die geschlechtsspezifische Spaltung der Arbeitswelt diskriminierende Entwicklungen genommen hat. – Damit muss Schluss sein!

Die Bundesregierung hat sich über ihre EU-Ratspräsidentschaft hinaus für einheitliche EU-Standards im Sozial- und Arbeitsrecht stark zu machen. Es muss Schluss damit sein, dass Arbeit die Menschen zunehmend krank macht. Wir kritisieren die Einführung der „Rente mit 67“. Sie ist ein weiterer Schritt für andere EU-Staaten, die sozialen Sicherungssysteme auszuhöhlen.

Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer hat die Bundesregierung Arbeitnehmer und ihre Familien zusätzlich belastet, gleichzeitig unterstützt sie mit der Absenkung der Unternehmenssteuer eine ausufernde Standortkonkurrenz, die die Staaten handlungsunfähiger machen und die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben wird. – Damit muss Schluss sein!

**Europas Herz muss sozial schlagen, sonst hat es keine Zukunft.**